

Pohle, Hans

Book Part

Zur Neuorientierung der Raumentwicklungspolitiken in Ostdeutschland: Ein Problemaufriss

Provided in Cooperation with:

ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft

Suggested Citation: Pohle, Hans (2009) : Zur Neuorientierung der Raumentwicklungspolitiken in Ostdeutschland: Ein Problemaufriss, In: Eich-Born, Marion (Ed.): Räumlich differenzierte Entwicklungs- und Förderstrategien für Nordostdeutschland für Nordostdeutschland, ISBN 978-3-88838-345-8, Verlag der ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover, pp. 148-155

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/59759>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Hans Pohle

Zur Neuorientierung der Raumentwicklungspolitiken in Ostdeutschland – Ein Problemaufriss

Gliederung

- 1 Neue Anforderungen an die Raumentwicklungspolitiken in Deutschland
- 2 Konzeptionelle Kritik an den Raumentwicklungspolitiken in Ostdeutschland
- 3 Ein erstes Fazit für die strategische Weiterentwicklung der Raumentwicklungspolitiken in und für Ostdeutschland
- 4 Paradigmenwechsel und zukünftige Aufgaben der Raumentwicklungspolitiken in den ostdeutschen Bundesländern

Literatur

1 Neue Anforderungen an die Raumentwicklungspolitiken in Deutschland

Die Deutsche Einheit 1990 stellte die räumliche Entwicklungspolitik in Deutschland vor eine völlig neue, bis dahin nicht gekannte Aufgabenstellung; es gab keine früher bereits einmal bewältigte Situation, aus deren Erfahrungen man hätte lernen können. Die ökonomische Basis Ostdeutschlands brach aufgrund fehlender Wettbewerbsfähigkeit mit nur wenigen marktfähigen Produkten, geringer technologischer und ökologischer Standards und des Wegfallens vor allem der osteuropäischen Märkte (COMECON) schlagartig zusammen. Die zentral gesteuerte territoriale Lenkung der Ressourcen wurde abgelöst durch entwicklungspolitische Zuständigkeiten der neuen Länder in Ostdeutschland im Rahmen des föderalen Staatsaufbaus. Damit wurde nicht nur die bisherige Praxis der Raumentwicklungspolitiken (hier verstanden als Summe aller gezielt räumlich differenzierenden und diskriminierenden Politikbereiche) in Deutschland obsolet, auch die konzeptionelle Debatte erfuhr eine neue Richtung: Die Schwerpunkte wandelten sich von der bewahrenden und vorsorgenden Raumentwicklung hin zu einer wachstumsorientierten Entwicklungspolitik (Frey, Zimmermann 2005) mit besonderem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Förderung Ostdeutschlands. Da ihr damit eine besondere Bedeutung und die tragende Rolle für die Angleichung der gesellschaftlichen Verhältnisse Ostdeutschlands an westdeutsche und EU-Standards zukam, rückte sie (zum ersten Mal) in den Mittelpunkt gesamtgesellschaftlicher und gesamtstaatlicher politischer Debatten. Mit den Änderungen der Konzeptionen der Strukturpolitik der EU im Rahmen der Lissabon-Strategie ab 2004 (EU 2004; Sichelschmidt 2005) gewann diese Debatte zusätzliches Gewicht. So wurde z.B. „Gleichwertigkeit“ als Oberziel der Raumordnung abgelöst durch die Zielsetzung einer „nachhaltigen Raumentwicklung“ (ROG 1998). Als Zielsetzung dient „Gleichwertigkeit“ nun instrumentell dem Oberziel „Nachhaltigkeit“ und ist somit nachrangig.

Zusätzlich sind in den letzten Jahren neue globale Herausforderungen und Rahmenbedingungen entstanden, die eine schnelle Konvergenz Ostdeutschlands als unwahrscheinlich, bzw. fast unmöglich erscheinen lassen (Braun 1997). Dazu zählen vor allem:

- die Globalisierung der Wirtschaft und die damit verbundene Zunahme der internationalen Standortkonkurrenz um Investitionen und auch um hoch qualifiziertes Humankapital
- Anpassung an die Folgen des Klimawandels (ARL 2007)
- die Erweiterung der EU und die damit verbundene Umlenkung von Fördermitteln in die MOE-Staaten
- das anhaltend zu geringe gesamtwirtschaftliche Wachstum in Deutschland (unter 2 % im Durchschnitt der letzten Jahre), von dem nur wenig Impulse für den Aufholprozess in den ostdeutschen Ländern und Regionen ausgehen
- die Reformunfähigkeit und die Krise des Föderalismus in Deutschland, die sich vor allem auch in einer anhaltenden strukturellen Krise der öffentlichen Haushalte (der städtetag 2006), dabei – trotz Verbesserungen in der jüngsten Zeit – insbesondere in den ostdeutschen Kommunen (Heimpold, Rosenfeld 2009; Pohle 2009), zeigen
- der demografische Wandel mit seinem Rückgang der Bevölkerungszahl und der zunehmenden Alterung der Bevölkerung. Viele seiner Auswirkungen sind heute schon sehr ausgeprägt (Gans, Schmitz-Veltlin 2005). Er schlägt sich in besonderer Weise in vielen Regionen in Ostdeutschland und ihrer Wirtschaft nieder (Strubelt, Zimmermann 2005). Hinzu kommen dort in fast allen Regionen die immer noch hohen negativen Wanderungssalden, insbesondere bei jungen Frauen und gut Ausgebildeten.
- Zu guter Letzt sind die Rahmenbedingungen der Strukturfonds der EU für die Förderperiode 2006–2012 verändert worden. Damit werden auch Veränderungen in der Vergabepraxis der deutschen GA notwendig, die für die Zukunft von einem geringeren Mittelplafond der EU-Förderung für Ostdeutschland ausgehen müssen.

Zu diesen Rahmenbedingungen kommt der weltweite Strukturwandel, der für neue Strategien der Raumentwicklung zusätzliche Probleme, aber vor allem auch besondere Entwicklungschancen bietet. So sind bei allen entwickelten Gesellschaften die folgenden strukturellen Megatrends, die mit ihren technologischen und soziologischen Veränderungen tief greifende ökonomische Veränderungen auch und gerade in Ostdeutschland bewirken, zu beobachten (Braun, Pohle 2003):

- die Entwicklung von Wissens- und Kommunikationsgesellschaften
- der Wechsel von der Arbeitsgesellschaft hin zur Freizeitgesellschaft
- die Digitalisierung wichtiger Wirtschafts- und gesellschaftlicher Prozesse
- der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft

Im Rahmen dieses Beitrags wird eine kurze Zusammenfassung der Hauptlinien der Debatten in und um die Raumentwicklungspolitiken, der wichtigsten Änderungen der Rahmenbedingungen und ihrer konzeptionellen, strategischen Fortentwicklung der letzten Jahre gegeben. Eine ausführliche, umfassende Auseinandersetzung mit den Erfordernissen eines Paradigmenwechsels bei den Raumentwicklungspolitiken in Deutschland kann damit allerdings nicht geleistet werden (für den Bereich der Regionalpolitik s. z. B. Klaphake 2000).

2 Konzeptionelle Kritik an den Raumentwicklungspolitiken in Ostdeutschland

Fasst man Raumentwicklungspolitik als Summe (nicht als Einheit) aller der Politikbereiche auf, die ein dezidiert räumlich differenzierendes Zielsystem aufweisen, so sind vor allem drei Politikbereiche von besonderem Interesse:¹

1. die Finanzpolitik, insbesondere der vertikale und horizontale Finanzausgleich
2. die regionale Wirtschaftspolitik, insbesondere die regionale Wirtschaftsförderung im Rahmen der EU und der GA
3. die Landes- und Regionalplanung

Von diesen zentralen Bereichen der Raumentwicklungspolitik war und ist die Finanzpolitik besonders wichtig für die raumstrukturelle und wirtschaftliche Entwicklung der Länder Ostdeutschlands. Neben den notwendigen Finanztransfers des langfristig angelegten Fonds Deutsche Einheit/Solidarpakt nach Ostdeutschland musste auch der vertikale und horizontale Finanzausgleich im Rahmen einer notwendigen Reform der föderalen Finanzverfassung neu gestaltet werden. Allerdings konnten nicht alle Probleme in diesem Bereich gelöst werden; so besteht die chronische Finanzenge der Kommunen (Hardt, Pohle 1999; Postlep, Pohle 1999) und insbesondere in Ostdeutschland (Heimpold, Rosenfeld 2008; Pohle 2008) bis heute trotz der weiterhin fließenden Transfers und der positiven Entwicklungen der letzten beiden Jahre fort und die generelle Ausrichtung auf einen funktionierenden Wettbewerb zwischen den Gebietskörperschaften steht noch aus. Auch im Bereich der Parafisci (z. B. Sozialversicherungen) kam es und kommt es notwendigerweise noch immer per Saldo zu einem hohen Transfer von finanziellen Ressourcen in Richtung Ostdeutschland. Eine fundierte Kritik an der heutigen föderalen Finanzverfassung, sowohl der Aufgabenverteilung wie auch auf der Einnahmen- und der Ausgabenseite, kann besonders in Bezug auf ihre räumlichen Verteilungswirkungen an dieser Stelle nicht dargestellt werden (s. dazu Postlep 1999; Färber 2005), sie ist zu komplex und würde den Rahmen dieser zusammenfassenden Darstellung sprengen. Dennoch ist gerade dieser Bereich besonders wichtig für die zukünftige Entwicklung Ostdeutschlands und ihm muss angesichts rückläufigen Transfervolumens weiter besondere Aufmerksamkeit zukommen. Hier bleibt in Zukunft ein wichtiges Forschungsfeld für die raumbezogene Forschung.

Im Politikbereich der regionalen Wirtschaftspolitik konnten über die GA und die EU-Strukturpolitik viele Einzelprojekte in Ostdeutschland finanziert werden. Auch in den ostdeutschen Ländern wurden neue Ansätze der Förderung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt erprobt, auch und gerade vor dem Hintergrund der neuen Ausrichtung der Strukturfonds der EU ab 2006+. Dennoch wird die Kritik an der Wirtschaftsförderung immer lauter. In einigen Ländern wird daher versucht, die bisherige tradierte Förderung durch neue, innovative und eher langfristig wirkende Konzepte abzulösen.

Der Bereich der Regionalpolitik (im engen Sinne) ist in der Tat seit den Anfängen immer wieder in der wissenschaftlichen Diskussion (z. B. Hansmeyer 1987; Spiekermann et al. 1988; NIW 1991; Hamm, Klemmer 1993; Hahne 1995). Wesentliche Kritikpunkte (z. B. Rösler 2002) waren und sind auch heute noch nicht ausdiskutiert. Das gilt insbesondere für die generelle Kritik am Subventionscharakter und den ordnungspolitisch gesehen wettbewerbswidrigen Nebenwirkungen (Diskriminierungen) der Förderung privater Investitionstätigkeit (Krieger-Boden, Lammers 1996). Zugleich werden

¹ Andere raumwirksame, allerdings nicht notwendig räumlich gezielte Politikbereiche wie die Umweltpolitik, die Verkehrspolitik, die Agrarpolitik u. a. m. werden hier nicht hinzugezählt und dementsprechend nicht betrachtet.

mit der herkömmlichen Förderpraxis (und durch ihre Messlatte „Beschäftigungsverhältnisse sichern“) häufig überkommene Strukturen gestützt, die es eigentlich zu reformieren oder gar durch neue abzulösen gilt. Hinzu kommt, dass die Zielausrichtung der Wirtschaftsförderung, die im Wesentlichen bis heute am Ausgleichsanliegen festgehalten hat, auch wenn in der letzten Zeit Wachstumsaspekte stärker Berücksichtigung gefunden haben, nicht mehr zeitgemäß scheint. Eng damit verknüpft ist die Kritik wegen fehlender Ziel- und Instrumenteneffizienz der bisherigen Formen der Wirtschaftsförderung (Fehlallokation und hohe Opportunitätskosten). Diese grundsätzliche Kritik wurde z. B. an den gescheiterten großen Innovationsprojekten in Ostdeutschland mit hoher Förderung (z. B. Chipfabrik in Frankfurt/Oder, Zeppelinfabrik Cargo-Lifter in Brand oder auch dem Lausitzring) sogar in der breiten Öffentlichkeit bekannt. Es machte das böse Wort von den „beleuchteten Schafweiden“ die Runde. Hier wurde auch deutlich, dass mit der gegebenen Förderzusage eine Art „Anmaßung von Wissen“ (v. Hayek 1968) der Förderbürokratie einhergeht. Die Förderverwaltung „weiß“, was markt-, zukunfts- und damit förderfähig ist oder welche Branchen oder Produkte erfolgreich am Markt bestehen werden und deshalb, im Gegensatz zu anderen, gefördert werden dürfen. Hinzu kommen die häufig angemerkten „Mitnahmeeffekte“, die gerade in den neuen Ländern häufig beklagt wurden (Klaphake 2000).

Ähnliche Grundsatzkritik gilt auch für die Landes- und Regionalplanung in den ostdeutschen Ländern. Dort existierte nach der Wende zunächst ein planungsrechtliches Vakuum, was dazu führte, dass schnell und ohne ausreichende Zeit zur konzeptionellen Debatte die Planungsformen und -inhalte aus den westdeutschen Ländern übernommen wurden, um schnell die rechtsfreien Räume in der Landes-, Regional- und Ortsentwicklung auszufüllen und entstandene Auswüchse zu begrenzen und für die Zukunft zu verhindern. Inzwischen setzt sich aber in allen Ländern die Erkenntnis durch, dass es nun an der Zeit ist, eigenständige, an die Gegebenheiten des Raumes und der Zeit angepasste Planungsformen und -inhalte zu entwickeln. Die Diskussionen um das City- und Regionalmanagement (Pohle 2003a; Schenkhoff 2003) oder zum Gleichwertigkeitspostulat (Borchard, Mäding, Zimmermann 2005 oder Hübler 2005) sind dabei nur die Spitze des Eisberges.

Dennoch ist die Situation der Landes- und Regionalplanung in Ostdeutschland, allerdings nicht so ausgeprägt wie in den westdeutschen Ländern, von einer erkennbar widersprüchlichen Selbsteinschätzung geprägt: Neben dem berechtigten Stolz auf das bisher Erreichte und die in weiten Teilen gute Arbeit der Regional- und Landesplanung in den neuen Bundesländern steht die von einigen Planern intensiv geäußerte Klage über fehlende Durch- und Umsetzung und die tatsächliche oder auch nur vermutete Wirkungslosigkeit wesentlicher Teilbereiche ihrer Pläne. Die Klagen umfassen reale Beobachtungen wie den weiter fortschreitenden Flächenverbrauch, vermeintliche Misserfolge, z. B. fehlende Ansiedlungen von Investoren auf ausgewiesenen Gewerbegebieten, die nun auch in Ostdeutschland zunehmende Suburbanisierung durch Wohnen und Gewerbe auf der grünen Wiese, das spürbare Desinteresse der Öffentlichkeit, der Bürger und der Presse an der Regional- und Landesplanung und letztlich die unterschwellig vorgetragene Kritik über die fehlende Unterstützung oder sogar Konterkarierung ihrer Planungen durch die Politik (Pohle 2003a). Daher wird auch in diesem Politikbereich intensiv nach neuen Wegen gesucht.

3 Ein erstes Fazit für die strategische Weiterentwicklung der Raumentwicklungspolitiken in und für Ostdeutschland

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung ist es notwendiger denn je, die tradierte Praxis der Raumpolitiken zu hinterfragen, um Lösungen zu finden, die nachhaltigere Erfolge versprechen. Allerdings, Kritik und Rufe nach (vermeintlicher) Neuorientierung gab es schon immer (Heimpold 2006; Koschatzky et al. 2006). Die Geschichte dieser Politikbereiche ist daher eine der dauernden konzeptionellen Debatte.

Erste vorläufige Konsequenzen aus der Kritik und den bisherigen konzeptionellen Diskussionen für den geforderten Paradigmenwechsel und neue Strategien der Raumentwicklungspolitiken lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Regionalisierung der Regionalentwicklung; dezentrale Lösungen – statt zentraler Steuerung – versprechen nicht nur größere Nähe zum Bürger und seinen Problemen, sondern auch die Nutzung des Wissens und der Problemkenntnis vor Ort.
- Neben die bisherige Kapitalförderung sollte mindestens gleichberechtigt die Humankapitalförderung als langfristige Perspektive treten (Pohle 2003b).
- Weg von der Ausgleichszielsetzung als Hauptanliegen: An ihre Stelle sollte eine nachhaltig tragfähige, eigenständige Entwicklung treten. Das bisherige Leitbild „Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen“ als genereller Maßstab für alle Regionen (auch als Mindeststandards) ist illusorisch, weil es nicht erreichbar und schon gar nicht finanzierbar ist. Damit wird der Übergang zu situationsbedingten und räumlich flexiblen Leitbildern notwendig, die sich auf das spezifische Profil, die Eigenheiten und Stärken der Region/der Stadt beziehen.
- Als Konsequenz bedeutet das unterschiedliche Ausstattungen und unkonventionelle, individuelle Lösungen. Der Maßstab ist dann eher Suffizienz (Nachhaltigkeit) (Kujath, Pohle, Schmidt 2007).

Damit rücken regionale Besonderheiten ins Zentrum der Förderung:

- Konzentration der Förderung auf Wachstumsinseln und (Anker-)Städte mit positiver Perspektive (Braun, Pohle 2003), d. h. eine stärkere räumliche Konzentration bei der Verausgabung von Fördergeldern und Finanztransfers
- die regionalen Stärken stärken, nicht die Schwächen subventionieren, damit strukturkonservierende Effekte weitgehend vermieden werden
- Einbezug aller für die Regional- und Landesentwicklung wichtigen Akteure, auch und besonders der Privaten.
- Fokussierung der Fördermittel und Setzung nur weniger, entwicklungspolitischer Prioritäten als materielle Konzentration (Rosenfeld 2005)
- stärkere Ausrichtung und Bündelung (Koordination) aller raumwirksamen Politiken auf diese Prioritäten (politisches Management auf allen Ebenen)

Für die ostdeutschen Länder lässt sich daraus als erstes Fazit ziehen (Kujath, Pohle, Schmidt 2007):

1. Mehr auf Wachstum setzen; denn nur das, was zusätzlich erwirtschaftet wird, kann auch verteilt werden.
2. Gegen den Markt ist auch die beste Förderung vergebens (Frey, Zimmermann 2005), auch und gerade unter Schrumpfungsbedingungen.

3. Die Nachhaltigkeit der Maßnahmen ist stärker zu beachten, vor allem auch im Sinne dauerhafter ökonomischer Erfolge.
4. Die endogenen Stärken fördern, nicht nur versuchen, regionale Engpässe zu beseitigen.
5. Stärker auf regionale Eigenschaften und Besonderheiten (Alleinstellungsmerkmale) eingehen und diese als besondere Chance nutzen.

4 Paradigmenwechsel und zukünftige Aufgaben der Raumentwicklungspolitiken in den ostdeutschen Bundesländern

Die Entwicklung der ostdeutschen Bundesländer muss vor dem Hintergrund der Ausgangssituation vor und nach der Wende trotz aller berechtigten Kritik dennoch als Erfolgsgeschichte bezeichnet werden. Allerdings – die versprochenen „blühenden Landschaften“ haben sich so nicht eingestellt; die Schere zwischen Ost und West öffnet sich nach anfänglichem Aufholens der ostdeutschen Länder inzwischen wieder weiter (Hollstein, Müller 2007). Von einem „nachhaltigen“ Aufholen Ostdeutschlands kann insgesamt – von einigen „Leuchttürmen“ abgesehen – keine Rede mehr sein. Dies ist wohl (nach den neuen theoretischen Überlegungen der Regionaltheorie (Bröcker 2002)) kaum in solch kurzer Frist zu erwarten. Die Notwendigkeit von regionaler Entwicklungspolitik und von dezidierter Regionalförderung ist daher weiter gegeben, die Frage ist nur, wie und mit welchen Konzeptionen und Strategien. Einigkeit besteht trotz aller unterschiedlichen Kritiken darin, dass nicht nur auf alte Lösungen zurückgegriffen, sondern vor allem neue gefunden werden sollten. Ein Paradigmenwechsel ist also überfällig.

Fasst man alle konzeptionellen Vorschläge zusammen, bedeutet ein solcher Paradigmenwechsel, dass die Strategien und Konzepte der Raumentwicklungspolitiken vom bisherigen flächendeckenden Politikanspruch der „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ auf regional spezifische und angepasste Ansätze umgestellt werden sollten, die dann auf den regionalspezifischen Wachstumschancen und -potenzialen aufbauen. Sie lassen damit durchaus Unterschiede der Lebensverhältnisse zwischen den Teilgebieten der Bundesrepublik zu, bzw. pflegen gerade diese Besonderheiten und nutzen sie als Basis eines erfolgreichen Wettbewerbs zwischen den Regionen in Deutschland und Europa.

Mit konzeptionellem Paradigmenwechsel ist es allerdings nicht getan, sondern dieser Weg der Neuorientierung muss mit konkretem politischem Handeln gefüllt werden. Es ist zunächst, z. B. durch Aufbereitung bereits praktizierter Ansätze oder mit Hilfe von Wettbewerben oder Modellvorhaben, zu zeigen, dass es möglich ist, regional angepasste Strategien und Konzepte für die Raumentwicklungspolitik zu entwickeln, die größere Erfolge versprechen als solche nach tradierten Vorstellungen dieses Politikfeldes. Danach muss dafür gesorgt werden, dass solche neuen Konzepte in den Köpfen der förderpolitischen Akteure den entsprechenden Widerhall finden. Mit Hilfe von wissenschaftlichen Begleitgremien zu solchen neuen Projekten und vor allem einer darauf aufbauenden Öffentlichkeitsarbeit kann dieser Paradigmenwechsel auch in Politik und Gesellschaft befördert werden.

Hier können die Länder und Regionen Ostdeutschlands eine Vorreiterrolle für Deutschland insgesamt einnehmen, der ihnen einen Vorsprung gegenüber Kurrenten im kommenden, stärker werdenden Wettbewerb um „kreative Köpfe“, um zukunftsfähige Strukturen und auch um Fördermöglichkeiten einbringt.

Literatur

- ARL (Hrsg.) (2007): Europäische Strategien der Anpassung an die Folgen des Klimawandels – Die Sicht der Raumplanung. Positionspapier aus der ARL, Nr. 73. Hannover.
- Borchard, K.; Mäding, H.; Zimmermann, H. (2005): Gleichwertige Lebensverhältnisse. Positionspapier des Präsidiums der ARL. In: Nachrichten der ARL, Heft 2/2005.
- Braun, G. (Hrsg.) (1997): Mecklenburg-Vorpommern im internationalen Wettbewerb. Rostocker Beiträge zur Regional- und Strukturforchung, Bd. 11. Rostock.
- Braun, G.; Pohle, H. (2003): Konzepte einer dienstleistungsorientierten regionalen Entwicklungspolitik für strukturschwache Räume im Nordosten Deutschlands. In: Braun, G.; Ellger, Ch. (Hrsg.): Der Dienstleistungssektor im Nordosten Deutschlands – Strukturproblem oder Entwicklungschance, Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 304. Hannover.
- Bröcker, J. (2002): Schlussfolgerungen aus der Theorie endogenen Wachstums für eine ausgleichende Regionalpolitik. In: Raumforschung und Raumordnung, Heft 3–4/2002.
- der städtetag (2006): Trotz Gewerbesteuerwachstum Kassenkredite auf Rekordniveau – Gemeindefinanzbericht 2005. Heft 5/2006.
- EU (2004): Facing the Challenge – The Lisbon Strategy for Growth and Employment. Brüssel.
- Färber, G. (Hrsg.) (2005): Das föderative System in Deutschland – Bestandsaufnahme, Reformbedarf und Handlungsempfehlungen aus raumwissenschaftlicher Sicht. Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Bd. 224. Hannover.
- Frey, R. L.; Zimmermann, H. (2005): Neue Rahmenbedingungen für die Raumordnung als Chance für marktwirtschaftliche Instrumente. In: DISP 161, 2/2005.
- Gans, P.; Schmitz-Veltlin, A.; et al. (Hrsg.) (2005): Demografische Trends in Deutschland – Folgerungen für Städte und Regionen. Räumliche Konsequenzen des demografischen Wandels Teil 6, Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Bd. 226. Hannover.
- Hahne, U. (1995): Neue Entwicklungen in der Regionalförderung. In: Ridinger, Steinröx (Hrsg.): Regionale Wirtschaftsförderung in der Praxis. Köln.
- Hamm, R.; Klemmer, P. (1993): Ansatzpunkte und Möglichkeiten einer Modifizierung der regionalen Strukturpolitik. Expertise im Auftrag des BMBS. RWI-Manuskript. Essen.
- Hansmeyer, K.-H. (1987): Effizienzaspekte regionaler Wirtschaftspolitik der EG. In: Urff, W. von; Meyer, H. von (Hrsg.) Landwirtschaft, Umwelt und Ländlicher Raum – Herausforderungen an Europa. Festschrift für Hermann Priebe. Baden-Baden.
- Hardt, U.; Pohle, H. (1999): Führt die fiskalische Krise zur Verstärkung regionaler Disparitäten? – Das Beispiel Niedersachsen. In: Postlep, R.-D. (Hrsg.): Fiskalische Krise: Räumliche Ausprägungen, Wirkungen und Reaktionen. Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Bd. 209. Hannover.
- Hayek, F. A. von (1968): Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren. Kiel.
- Heimpold, G. (2006): Neue Orientierungen für die deutsche Raumentwicklungspolitik? Bericht über einen Workshop im IWH. In: Wirtschaft im Wandel 2/2006 Halle/Saale.
- Heimpold, G.; Rosenfeld, M. T. W. (2009): Macht Stadtluft die Kommunen reich? – Zur „Gleichwertigkeit“ der Position von städtischen und nichtstädtischen Räumen im kommunalen Finanzausgleich. Manuskript für die AG „Gleichwertigkeit“ der ARL-LAG Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen. Druck in Vorbereitung. Hannover.
- Hollstein, H.; Müller, P. (2007): Deutschland droht eine neue Teilung. In: Welt am Sonntag Nr. 33 vom 19.08.2007.
- Hübler, K.-H. (2005): Gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilräumen. In: Raumforschung und Raumordnung, Heft 1/2005.
- Klaphake, A. (2000): Europäische und Nationale Regionalpolitik für Ostdeutschland – Neuere regional-ökonomische Theorien und praktische Erfahrungen. Wiesbaden.
- Koschatzky, K.; et al. (2006): Innovationsbedingungen und Innovationspotentiale in Ostdeutschland. Stuttgart.
- Kujath, H.-J.; Pohle, H.; Schmidt, S. (2007): Umbau von Städten und Regionen im Nordosten Deutschlands – Ein Arbeitsauftrag für die anwendungsorientierte raumbezogene Wissenschaft. In: Kujath, H.-J.; Schmidt, S. (Hrsg.): Umbau von Städten und Regionen in Nordostdeutschland – Handlungsnotwendigkeiten und Handlungsperspektiven. Räumliche Konsequenzen des demografischen Wandels Teil 7, Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 324. Hannover.
- Krieger-Boden, Ch.; Lammers, K. (1996): Subventionsabbau in räumlicher Perspektive: Wirkungszusammenhänge und Schlussfolgerungen. In: Kieler Diskussionsbeiträge 280. Kiel.

- Müller, B.; Pohle, H. (2003): Schrumpfung regional und kommunal gestalten – Thesen zu instrumentellen Empfehlungen für die Raumordnung. In: Müller, B.; Siedentop, St. (Hrsg.): Regionalentwicklung unter Schrumpfungsbedingungen, Räumliche Konsequenzen des demografischen Wandels Teil 1, Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 303. Hannover.
- Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung NIW (Hrsg.) (1991): Zur Neuorientierung der regionalen Wirtschaftspolitik. NIW-Workshop 1991. Hannover.
- Postlep, R.-D. (Hrsg.) (1999): Fiskalische Krise: Räumliche Ausprägungen, Wirkungen und Reaktionen. Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Bd. 209. Hannover.
- Postlep, R.-D.; Pohle, H. (1999): Fiskalische Krise in Deutschland aus räumlicher Sicht – Einführung. In: Fiskalische Krise: Räumliche Ausprägungen, Wirkungen und Reaktionen. Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Bd. 209. Hannover.
- Pohle, H. (2003a): Regionalmanagement – Eine notwendige Ergänzung regionalplanerischer Aufgaben in Ostdeutschland. In: Schenkhoﬀ, H. J. (Hrsg.): Regionalmanagement in der Praxis. Beispiele aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 298. Hannover.
- Pohle, H. (2003b): Wissen als strategischer Faktor der Regionalentwicklung in einer globalisierten Welt. In: Schädlich, M.; Stangl, J. (Hrsg.): Regionalentwicklung in der Wissensgesellschaft – Chancen für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 305. Hannover.
- Pohle, H. (2004): Wissen, Information und Innovation in der Landes- und Regionalentwicklung – Das Beispiel Mecklenburg-Vorpommern. In: Eich-Born, M. (Hrsg.): Innovationen für Mecklenburg-Vorpommern – Strategien für einen Wachstumspfad. Rostocker Beiträge zur Regional- und Strukturfor- schung, Heft 17. Rostock.
- Pohle, H.; Sedlacek, P. (2007): Umdenken, Umplanen, Umbauen – Befunde und Konsequenzen. In: Sed- lacek, P. (Hrsg.): Umdenken, Umplanen, Umbauen – Umbau von Städten und Regionen in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen. Räumliche Konsequenzen des demografischen Wandels, Teil 8, Arbeits- material der ARL, Nr. 325. Hannover.
- Pohle, H. (2009): Die Finanzierungsbasis der Kommunalen Haushalte in Sachsen-Anhalt – Chancen- gleichheit im Standortwettbewerb? Manuskript für die AG „Gleichwertigkeit“ der ARL-LAG Sach- sen/Sachsen-Anhalt/Thüringen. Druck in Vorbereitung. Hannover.
- ROG (1998): Raumordnungsgesetz des Bundes vom 01.01.1998.
- Rösler, M. (2002): Regionalmanagement zwischen Dirigismus und Wettbewerb. In: Regionalentwicklung einer offenen Gesellschaft. OIKOS, Heft 2/2002.
- Rosenfeld, M. T. W. (2005): Europäische Regionalpolitik nach der EU-Osterweiterung: Neue Ausrichtung erforderlich? In: DIW-Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 74/2005. Berlin.
- Schenkhoﬀ, H. J. (Hrsg.) (2003): Regionalmanagement in der Praxis. Beispiele aus Sachsen, Sachsen-An- halt und Thüringen. Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 298. Hannover.
- Sichelschmidt, H. (2005): Europäische Infrastrukturpolitik – Die Infrastrukturpolitik der Europäischen Gemeinschaft im Rahmen der Neuausrichtung der Strukturfonds. In: Die Weltwirtschaft, Heft 1–2005. Berlin–Heidelberg.
- Spiekermann et al. (1988): Europäische Regionalpolitik – Empfehlungen zur Weiterentwicklungen. Köln.
- Strubelt, W.; Zimmermann, H. (Hrsg.) (2005): Demografischer Wandel im Raum: Was tun wir? Gemein- samer Kongress 2004 von ARL und BBR. In: Räumliche Konsequenzen des demografischen Wan- dels, Teil 5, Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Bd. 225. Hannover.